

neuen Heeresforderungen muß man diese Aufstellungen des Militär-Wochenblattes sorgsam beachten und verwerten.

Zu dem Zeitartikel des Militär-Wochenblattes heißt es dann noch: „Die Fürsorge des Kaisers hat sich aber auch, nicht in letzter Linie, dem Geiste des Heeres zugewandt, seiner Disciplin, die in einer erst vor wenigen Wochen fertiggestellten Militär-Strafgerichtsordnung sich ohne Forderung der strengsten Zucht den neueren Rechtsauffassungen anpaßt. Die Erziehung des Offiziercorps — dem „der Geist eines Heeres sitzt in seinen Offizieren“ — ist im Kadettencorps und auf den Kriegsschulen unter unserem Kaiser in neue Bahnen gelenkt worden, in dieselben wie das gesamte Schulwesen, nämlich in die des frischen Lebens, wie es dem offenen Auge auf Schritt und Tritt sich darbietet. In diesem Geiste fängt man jetzt auch an, den Mannschaftsunterricht zu leiten. Die Fortbildung der Offiziere ist seit 1895 durch eine Erweiterung der Kriegsakademie begünstigt worden, ihre Lebensführung durch Aufbesserung der Gehälter 1897 erleichtert, während der Kaiser bereits von Anfang an allem Luxus scharf entgegentrat und weitere Kreise zur Ergänzung der vermehrten Offiziercorps heranzog. Ebenso ist für die Unteroffiziere durch Vermehrung der für sie vorbehaltenen Civilstellen und durch Geldprämien gesorgt worden, wie auch Unteroffizierschulen und Unteroffizierlehren eine Vermehrung erfahren haben.“

Die Militärstrafprozessreform als eine „Anpassung“ an moderne Rechtsauffassung zu betrachten, dazu gehört — militärischer Geist. Der „Mannschaftsunterricht“ wird zur Schulung gegen die Sozialdemokratie benutzt; die Ergebnisse sind aber freilich auch danach.

Folgt der Dank für des Kaisers höchstpersönliche Flottenpolitik. „Wie dem Heere, so gelten Thun und Denken des kaiserlichen Herrn in besonderer Weise der deutschen Flotte, deren Angriffstaktik und Vergrößerung herbeizuführen der Kaiser in Schrift und Wort nie müde geworden ist, bis ihm in diesem Jahre die Festlegung eines planmäßigen Ausbaues gelang. Der 1895 von ihm eröffnete Kaiser-Wilhelm-Kanal (sein Bau ist 1887 in Angriff genommen worden) kommt der Kriegs- wie der Handelsflotte zu Nutzen.“

Da alles so gut bestellt ist in Heer und Marine, warum drängt dann eine Forderung die andere, warum wird der Philister durch die falschen Schilderungen der ausländischen Rüstungen ins Wackelhorn gejagt?

Politische Uebersicht.

Die Sozialdemokraten

So schreibt das Kölner Centrumsblatt, haben bei den Reichstagswahlen im ersten Ansturm 32 Mandate erobert und stehen noch in 101 Wahlkreisen zur Stichwahl. Somit ist in 133 Wahlkreisen, d. h. mehr als einem Drittel, die Sozialdemokratie die stärkste oder zweitstärkste Partei. Wir brauchen gar nicht die Gesamtsumme der für sie abgegebenen Stimmen abzumachen, um von einem bedeutenden Anwachsen der Partei zu sprechen. Die Zahlen, die da aus so und so vielen Wahlkreisen noch zu Tausenden oder Hunderten zusammengebracht werden, würden uns gar nicht imponieren; aber man muß gesehen, die Partei hat nicht so unrecht, wenn sie mit Selbstbewußtsein auf ihr fortgesetztes Anwachsen hinweist. Wie wird das enden? fragt man sich. Wird einmal ein Stillstand eintreten oder wird die Partei schließlich die Mehrheit bei den Wahlen erlangen? Man sieht nicht, daß es eine natürliche Grenze geben müsse, an der sie endlich Halt machen werde. Sie umspannt immer weitere Kreise. In den Städten insbesondere beschränkt sie sich schon längst nicht mehr auf die Arbeiterkreise; zahlreiche Leute aus dem Mittelstande gehen mit ihr.“

Dann heißt es:

Gewiß ist nur ein verhältnismäßig geringer Prozentsatz der sozialdemokratischen Wähler wirklich zielbewußt sozialdemokratisch. Die meisten sind Militärliefer, die mit irgend etwas unzufrieden sind und nun mit dem Stimmzettel ihrem Kerger Lust machen wollen. Der Glaube an den Zukunftsstaat dürfte sogar eher im Abnehmen als im Zunehmen begriffen sein. Mögen doch selbst die Führer nicht gern mehr etwas von ihm hören. Gleichwohl bleibt es eine sehr bedenkliche Erscheinung, daß so große Wählermassen sich gerade dieser Partei zuwenden. Selbst wenn es mit der Gefährlichkeit der Sozialdemokratie für Staat und Gesellschaft nicht so schlimm stehen sollte, wie meist angenommen wird, so zeugt es doch von beklagenswerten Zuständen im Lande, wenn eine Partei, die den Kampf gegen alles Bestehende auf ihre Fahne geschrieben hat, solchen Zulauf findet. Es muß unbedingt etwas nicht in Ordnung sein.

Die Scharfmacher werden natürlich sofort sagen, es müßten Repressivmaßnahmen gegen die Sozialdemokratie ergriffen werden. Bei den Stichwahlen wird die Sammlung gegen die Sozialdemokratie, von der so viel geredet worden ist, ja wohl Thatsache werden. Aber ist die Sozialdemokratie damit aus der Welt geschafft? Nicht um einen einzigen vermindert sich dadurch die Zahl der am 16. Juni abgegebenen sozialdemokratischen Stimmzettel und der Leute, welche diese Zettel abgegeben haben. Die Sozialdemokratie bleibt gleich stark, auch wenn sie keinen einzigen Abgeordneten mehr durchbringt. Also mit dieser „Sammlung“ ist gar nichts gethan.

Ebenso wenig ist etwas ausgerichtet mit allerlei Polizeimaßregeln, die der Sozialdemokratie die Freiheit der Bewegung nehmen sollen. Wer davon etwas erwartet, geht von der grundtatsächlichen Ansicht aus, daß die Sozialdemokratie das Produkt einiger schlechter Menschen, einiger Agitatoren und Heher sei. Agitatoren und Heher haben noch niemals dauernd Erfolg gehabt, wenn der Boden, auf dem sie arbeiteten, nicht gut vorbereitet war. Wären die Verhältnisse in der Arbeiterschaft und beim kleinen Manne so, daß er zufrieden sein könnte, so könnten die Agitatoren lange reden, sie würden wenig ausrichten. Nur ein Häuflein geborener Krakeeler würde ihnen nachlaufen, die Masse nicht. Darum ist gegen die Sozialdemokratie nur etwas auszurichten, wenn die Zustände, die zur Unzufriedenheit Anlaß geben, gebessert werden. Die Behauptung, daß bereits alles vortrefflich sei, findet keinen Boden. Nun wird gern erwidert, aber alle Sozialreform habe ja nichts genützt, die Sozialdemokratie schreite doch vor; sie benutze sogar die Reformen, um Propaganda zu machen. Zunächst leistet es ihr doch wohl die meisten Dienste, daß die Reform überhaupt stecken bleibt. Niemand hat den Agitatoren willkommeneren und wirksameren Stoff geliefert, als die erbitterten Gegner der Sozialreform. Statt also diese anzuklagen, sollten sie sich lieber fragen, ob nicht mehr gegen die Sozialdemokratie ausgerichtet worden wäre, wenn man energischer weiter gearbeitet hätte. Man dürfte sich von vornherein nicht dem Glauben hingeben, mit einigen Reformmaßnahmen die Massen der Sozialdemokratie binnen kurzem absprengeln zu können. Man muß einmal viel Ge-

buld haben, und vor allem muß man ganze Arbeit machen. Alle Halbheit erregt schließlich nur Enttäuschung und Unzufriedenheit. Selbst abgesehen davon, daß die soziale Gerechtigkeit eine viel gründlichere Sozialreform erfordert, als sie bisher geleistet worden ist, muß man schon aus Klugheit sie fortführen. Je weniger Grund zur Unzufriedenheit vorhanden ist, um so weniger können die Agitatoren ausrichten.

Wir sehen jetzt schon, daß die Sozialdemokratie sich immer mehr mausert. (2) Das darf man doch als einen Erfolg der Sozialreform ansehen, während man das Anwachsen der Sozialdemokratie dem Stillstand der Reform auf Rechnung setzen muß. Fahren wir mit der Reform fort, so wird auch die Partei mit der Mauserung fortfahren. Oder was für ein Mittel weiß man denn sonst, um diesem Anwachsen der Sozialdemokratie entgegenzuwirken? Gewalt hilft nicht. Wer also Reformen nicht will, möge ein anderes Mittel angeben. Oder soll sich die Gesellschaft der Sozialdemokratie gegenüber bereits für bankrott erklären? Die Scharfmacheri ist im Grund schon eine Bankrotterklärung.

Wir verzeichnen diese beachtenswerten, für die Scharfmacher nicht erfreuliche Kundgebung der Kölnischen Volkszeitung, eines leitenden Organs der Centrumpartei.

Deutsches Reich.

Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse. W. Beuthen (Oberschlesien), 22. Juni. Wegen Majestätsbeleidigung wurde von der hiesigen Strafkammer der Arbeiter Anton Birntel von hier unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt.

Schlesisches.

Eisenbahnkonzession.

Einer Depesche aus Peking zufolge verlangte der deutsche Gesandte Baron Heyking vom Tsung-li-Yamen die Gewährung der Konzession an die Deutschen für den Bau einer Eisenbahn von Tientsin nach Tschinkiang.

Wieder ein offizielles Dementi.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt: In englischen Blättern ist kürzlich von einem langen Briefe, den der Kaiser mit dem Prinzen Heinrich über die angebliche Wertlosigkeit Klantichows erhalten hatte, die Rede gewesen. „Da man diese Nachricht auch in deutschen Blättern bemerkt hat, möge festgestellt sein, daß es sich um eine freie Erfindung handelt.“

Ein englisch-italienisches Syndikat.

Die Vossische Zeitung meldet aus London, daß das dortige englisch-italienische Syndikat vom Tsung-li-Yamen die Konzession zur industriellen Ausbeutung der Provinz Honan nördlich vom Gelben Fluß erhielt. Die Konzession soll sich auf Bergbau, Eisen- und Petroleumgewinnung, auf den Bau von Eisenbahnen und Kanälen erstrecken. Der Vertrag wurde bereits unterzeichnet.

* Berlin, 23. Juni. Die preussischen Landtagswahlen werden, wie der Münchener Allgem. Zeitung aus Berlin von „zufälliger Seite“ berichtet wird, voraussichtlich erst im November vorgenommen werden.

Ueber den Saatenstand in Preußen um die Mitte des Monats Juni 1898 veröffentlicht das Statistische Bureau eine Uebersicht in der Statist. Korr. Danach berechnete (im Vergleich mit dem Mai d. J.) um die Mitte des Monats Juni — Nr. 1 zeigt die Erwartung einer sehr guten, Nr. 2 einer guten, Nr. 3 einer mittleren (durchschnittlichen), Nr. 4 einer geringen, Nr. 5 einer sehr geringen Ernte an — der Stand des Winterweizens zur Erwartung einer Ernte 2,2 (2,2), Sommerweizens 2,5 (2,5), Winterweizens 1,9 (2,0), Winterroggen 2,3 (2,3), Sommerroggen 2,8 (2,7), Sommergerste 2,7 (2,5), Hafer 2,7 (2,5), Erbsen 2,8 (2,6), Kartoffeln 2,8, Klee 2,1 (2,1), Wiesen 2,4 (2,3).

Am dem Scheitern der internationalen Zuckerkonferenz in Brüssel zweifelt die Londoner Morning Post nicht mehr und empfiehlt der englischen Regierung, sich aus der Konferenz zurückzuziehen. Frankreich würde nur dann seine Haltung ändern und sich der Abschaffung der Prämien fügen, wenn diejenigen Staaten, die die Beseitigung der Prämien wollten, auf französischen Zucker Ausgleichszölle zu legen entschlossen seien. Lord Salisbury sei gegen die Annahme dieser Politik seitens Englands, obwohl die Mitglieder der englischen Regierung Balfour, Chamberlain und Michael Hicks-Beach sich öffentlich für die Abschaffung der Zuckerpriämien und für die Aufhebung von Ausgleichszöllen erklärt hätten.

Der Direktor des Bundes der Landwirte, Herr Diederich Hahn hat seinen Wählern mitgeteilt, daß er vom Bunde 9000 Mk. Gehalt beziehe, was bei den teuren Verhältnissen Berlins und seiner Arbeitsleistung nicht gerade hoch sei.

Der Frankf. Zeitung wird aus Konstantinopel berichtet, daß der Sultan ein 3000 Meter im Geviert umfassendes Landstück außerhalb Jerusalems bei Zion angekauft hat, um es dem Kaiser Wilhelm, dem summus episcopus (obersten Bischof) der evangelischen Landeskirche Preußens, zu übergeben. Es soll dort ein Kloster für die deutschen Franziskaner, den bekannten katholischen Mönchsorden, erbaut werden. Der Berichterstatter der Frankf. Ztg. stützt seine Meldung auf Mitteilungen aus dem Patriarchat zu Konstantinopel.

Die Kreuzzeitung und die geistesverwandte Schlesiische Zeitung finden nicht Worte, die scharf genug ihre Entrüstung über solche freisinnige zum Ausdruck bringen, die in der Stichwahl für die Sozialdemokraten eintreten. Das schlesiische Zunkerblatt bezeichnet es als eine „Schamlosigkeit“, wenn in einem Teil der freisinnigen Presse dazu aufgefordert wird, bei den Stichwahlen die Sozialdemokratie gegen bürgerliche Parteien zu unterstützen. Dieser jarten Auslassung stellt die Breslauer Zeitung einen Leitartikel der Schlesiischen Zeitung vom 18. Juni 1898 entgegen, in dem es wörtlich heißt:

Eugen Richter selbst ist genötigt, sich in seinem alten Wahlkreise Hagen mit einem Sozialdemokraten bei der Stichwahl zu messen. Wir halten es für ganz selbstverständlich, daß die Wähler der staatsverhaltenden Parteien dem Sozialdemokraten gegen Eugen Richter zum Siege verhelfen.

Das ist ein bitteres Citat.

Wir haben in der gestrigen Nummer mitgeteilt, daß Herr Edmund Klapper der Erklärung der Seehandlung die Behauptung entgegensetzte, der von ihm benannte Händler habe seit 20 Jahren unzählige Posten Mehl von den Bromberger Mühlen oder deren Agenten bezogen.

Die Generaldirektion der Seehandlungsgesellschaft sendet nun Herrn Klapper folgende Berichtigung:

Der in dem Briefe benannte Händler in D. hat niemals von den Bromberger Mühlen direkt oder durch deren Agenten irgend einen Posten Mehl bezogen.

Hannover, 22. Juni. Der deutsche Fleischerverbands-tag ist am Dienstag in Hannover zusammengetreten; er lebte mit großer Mehrheit eine Resolution zur Bildung von Zwangs-

innungen ab. Einstimmig wurde ein Antrag angenommen: „Der Verbandsvorstand möge beim Reichsfinanzamt darum ersuchen, daß seitens des Reichsgesundheitsamtes festgestellt werde, welche der seit her gebräuchlichen Konservierungsmittel bezw. welche Mengen derselben zur Konservierung von Fleisch, insbesondere als Zusatz zu Hackfleisch zulässig sind. Da nach Ansicht eines Teiles der Chemie keines der bis jetzt gebräuchlichen Mittel als ganz unschädlich bezeichnet werden kann, wird der Verbandsvorstand gleichzeitig beauftragt, wenn nötig durch Preisauschreiben, zur Herstellung eines wirksamen, unschädlichen Mittels aufzufordern.“

Weiter sprach sich der Verbandstag für die Bestenerung der Konsumvereine aus. Natürlich!

Regnitz, 22. Juni. Bürgerliche Blätter melden: Die Ruhestörungen haben sich gestern abend wiederholt. Das Militär mußte wiederum eingreifen und es gab zum Teil schwere Verwundungen. Die Polizei nahm zahlreiche Verhaftungen vor. Ein Drechslergeselle wurde durch einen Bajonettstich getötet.

Die Polizeiverwaltung erläßt eine abermalige Warnung mit der Androhung, daß bei weiteren Tumulten das Militär die Schußwaffe gebrauchen werde.

W. Beuthen, 22. Juni. Der übermächtige Einfluß der Beamtenenschaft, der bei den Wahlen so überaus unangenehm hervortrat, zeigt sich u. a. auch in der Aufstellung der Geschworenenlisten. Schon immer bestand die Majorität der Geschworenen aus Beamten, aber so groß wie auf der Liste für die nächste Schwurgerichtsperiode des Landgerichts Beuthen war sie wohl noch nie. Von 30 Geschworenen sind 28 (!) Beamte, 2 Privatleute. Man kann es unter solchen Umständen der Arbeiterschaft nicht verdenken, wenn sie gegen diese Beamtengerichte großes Mißtrauen empfindet. Bei der Art der hiesigen Arbeiterbehandlung gilt der Beamte als der Feind der Arbeiter.

Karlsruhe, 22. Juni. Der badische Landtag hat, wie schon gestern kurz gemeldet, die Anträge von Dreesbach und Genossen auf Ausdehnung des Fabrikinspektors angenommen. Wie wir in Nr. 133 vom 13. Juni berichteten, hatte die Petitionskommission den sozialdemokratischen Anträgen wesentliche Abänderungsvorschläge entgegengesetzt, deren Vorkauf an der angegebenen Stelle mitgeteilt worden ist. Bei der Verhandlung im Plenum wurden jedoch die Anträge Dreesbach und Genossen im wesentlichen wieder hergestellt. Die Ausdehnung der Fabrikinspektion auf Handel und Hausindustrie ließen die Antragsteller selbst fallen, weil der diesbezügliche Antrag der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag nicht mehr zur Erledigung kam und daher vorläufig auch im badischen Landtag nicht zur Verhandlung kommen kann. Dagegen wurde der Antrag auf Errichtung von Unterinspektionen und auf Einstellung von zwei weiblichen Fabrikinspektoren fast einstimmig angenommen und mit 32 gegen 13 Stimmen beschloffen, daß die Arbeiter bei Besetzung der Stellen nicht akademisch gebildete Beamten der Fabrikinspektion und Bestellung von Vertrauensmännern das Vorschlagsrecht haben sollen. Damit ist der Einfluß der Arbeiterschaft auf die Zusammenfassung der Fabrikinspektion gesichert und ein wichtiger Schritt in den Bestrebungen der Sozialdemokratie für den Arbeiterschutz vorwärts gethan.

München, 22. Juni. Der Kultusminister hat telegraphisch die z. B. im Gange befindlichen Abiturientenprüfungen in sämtlichen Realschulen Bayerns fixiert, da festgestellt worden ist, daß ein Schüler einer Münchener Schule durch einen Belehren der mit dem Druck einzelner Aufgaben betrauten Druckerei sich mathematische Aufgaben zu verschaffen gewußt und diese zur Kenntnis der ganzen Klasse gebracht hat. Es werden ganz neue Aufgaben gestellt werden.

Neue politische Nachrichten. Die Post meldet: Generalmajor v. Nabe, der am 21. Juni in Deutsch-Eylau bei Besichtigung eines Bataillons, durch die Schützenlinien reitend, durch ein scharfes Geschos am Oberschenkel verwundet wurde, dürfte nach Ansicht der Ärzte völlig wieder hergestellt werden. Der Verwundete ist zunächst in das Garnisonlazarett in Deutsch-Eylau aufgenommen worden. — Der deutsche Schloßfesttag ist am Montag in Eisenach zusammengetreten. Er sollte eine Resolution zu Gunsten von Zwangsinnungen. Die Delegierten von Berlin, Steitin und Breslau erklärten sich dagegen. — Der Verkauf polnischer Zeitungen ist nach der Danziger Zeitung ebenso wie in Posen auch den Bahnhofsbuchhändlern in Westpreußen und Schlesien verboten worden. — In der Reichsratsersatzwahl im galizischen Landgemeindenbezirk Tarnopol-Sbaraz wurde der gemäßigtere Ruthene Gladyszowski gewählt. — Das Brüsseler Blatt: Etoile Belge meldet, der Gründer-König Leopold habe als „Souverän des Kongostaates“ mit einem Konsortium Brüsseler Bankiers eine Anleihe von 20 Millionen Franken abgeschlossen, die zu Ausgaben für die im Kongostaate auszuführenden öffentlichen Arbeiten verwendet werden solle. — Der frühere französische Deputierte Reinach hat dem Berichterstatter des militärischen Disziplinargerichts mitgeteilt, daß er auf die Vernehmung der von ihm nachhaft gemachten Zeugen verzichte. Er werde sich damit begnügen, vor dem Disziplinargericht einen Brief zu verlesen, den ihm einer der „ausgezeichnetsten Patrioten Frankreichs“ aus freien Stücken überhandt habe. — Eine Schauermerz meldet die Gazette del Popolo in Turin aus Petersburg, wonach Graf Swanow, der Räumlicher des Zaren, dessen Frau sowie Oberst Schicklin und mehrere in der Hofküche angestellte Bedienstete wegen des Versuchs, den Zaren zu vergiften, verhaftet wurden. Der Leibarzt habe Gift in dem Frühstückstheee des Zaren entdeckt. Die Porz. in, die von dem Thee gekostet hatte, leidet seitdem an schrecklichen Magenkrämpfen. Die Hundstage nahen, die Räubergerichten schiefen wie Wölfe empor. — Das von dem schwedischen Kultusminister Gyllman eingereichte Entlassungsgesuch wurde vom Könige genehmigt. Zum Nachfolger ist der Assessor am höchsten Gericht, Claesson, ernannt worden.

Oesterreich-Ungarn.

Ungarisches Regiment. Palackysfeier. — Gletschbach. Russische Schiedungen.

Aus Prag wird vom 22. Juni gemeldet: Der Statthalter erteilte dem Rektor der deutschen Universität den Auftrag, aus Anlaß der Palackysfeiern das Universitätsgebäude zu besetzen. Die Professoren erhoben dagegen Vorstellungen beim Ministerium, daß die Anordnung des Statthalters besäugte. Gleichwohl wurde die Universität nicht besetzt. General Komarow wurde von der Polizei ersucht, Neben wie die beim Journalistenbankett gehaltenen, künftig zu unterlassen, da es nicht angehe, die Deutschen derart anzugreifen.

Das offiziöse Wiener Fremdenblatt veröffentlicht ein halbamtliches Communiqué (Mitteilung). Es hebt hervor, daß die höchst taktlose Rede des Generals Komarow bei Gelegenheit der Palackys-Feier in Prag heute die gesamte öffentliche Meinung Oesterreichs beschäftige. „Redakteur Komarow kann durchaus nicht als ein Vertreter der öffentlichen Meinung seines Landes gelten, er genießt vielmehr samt seinem Blatte in den